

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

Das neue Kabinett

Die Vereidigung der 21 Mitglieder - Was die SPD unter Opposition versteht

Vor dem Plenum des Bundestages wurden am 14. November 1961 die Mitglieder der neuen Bundesregierung vorgestellt und durch Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier vereidigt. Einen heftigen Mißklang brachte die SPD in die feierliche Handlung, als sie wegen eines nichtigen Anlasses geschlossen das Plenum verließ und die Vereidigung in ihrer Abwesenheit stattfand.

Dr. Gerstenmaier gab den Text eines Briefes bekannt, mit dem der Bundeskanzler das neue Kabinett vorstellte.

Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Der Herr Bundespräsident hat auf meinen Vorschlag gemäß Artikel 64 Absatz 1 des Grundgesetzes zu Bundesministern ernannt:

Herrn Dr. Gerhard Schröder zum Bundesminister des Auswärtigen,

Herrn Hermann Höcherl zum Bundesminister des Innern,

Herrn Dr. Wolfgang Stammberger zum Bundesminister der Justiz,

Herrn Dr. Heinz Starke zum Bundesminister der Finanzen,

Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Ludwig Erhard zum Bundesminister für Wirtschaft,

Herrn Werner Schwarz zum Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

Herrn Theodor Blank zum Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

Herrn Franz-Josef Strauß zum Bundesminister der Verteidigung,

Herrn Dr. Hans-Christoph Seebohm zum Bundesminister für Verkehr,

Herrn Richard Stücklen zum Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen,

Herrn Paul Lücke zum Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung,

Herrn Wolfgang Mischnick zum Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte,

Herrn Ernst Lemmer zum Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen,

Herrn Dr. Hans-Joachim von Merkatz zum Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder,

Herrn Dr. Franz-Joseph Wuermeling zum Bundesminister für Familien- und Jugendfragen.

Herrn Prof. Dr. Siegfried Balke zum Bundesminister für Atomkernenergie,

Herrn Hans Lenz zum Bundesschatzminister,

Herrn Walter Scheel zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit,

Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt zum Bundesminister für Gesundheitswesen,

Herrn Dr. Heinrich Krone zum Bundesminister für besondere Aufgaben.“

Der Auszug der SPD

Noch bevor Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier die Vereidigung des Bundeskanzlers vornehmen konnte, hatte sich der SPD-Abgeordnete Dr. Mommer gemeldet und um das Wort zur Tagesordnung gebeten. Dr. Gerstenmaier bedeutete ihm, daß der Präsident nach § 34 der Geschäftsordnung des Bundestages nach freiem Ermessen das Wort zur Geschäftsordnung erteile. Dr. Mommer könne nach der Vereidigung der Bundesregierung sprechen.

Die SPD wollte sich damit nicht zufriedengeben und verließ aus nichtigem Anlaß das Plenum des Bundestages in einem Augenblick, in dem im besonderen Maße die Würde des Hauses hätte gewahrt werden müssen.

Soll das etwa Auftakt und Richtschnur für das weitere Verhalten der SPD sein? Das Echo in der Öffentlichkeit bedeutet eine glatte Ablehnung dieses unwürdigen Schauspiels.

Die Antwort der beiden Regierungsparteien zeigt, daß sie nicht gewillt sind, ihre zukünftige Arbeit unter solcher Taktik leiden zu lassen.

Im Namen der CDU/CSU-Fraktion sagte Abgeordneter Rasner nur zwei knappe Sätze:

„Unsere Fraktion hatte die Absicht, sich mit dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auseinanderzusetzen. Das angesichts der Bedeutung und der Heiligkeit des Eides für uns vollständig unverständliche Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion enthebt uns jeder Antwort.“

Als Sprecher der FDP erklärte der Abgeordnete Dr. Bucher:

„Auch die Fraktion der Freien Demokratischen Partei ist der Ansicht, daß die Regierungserklärung vor diesem Hause möglichst bald abgegeben werden sollte. Wenn das heute noch nicht geschehen ist, so haben wir dafür nicht nur Verständnis, sondern liegt das durchaus in unserem Sinne; denn die Regierung, die wir heute vor uns sehen, unterscheidet sich in ihrer Zusammensetzung wesentlich von der der vorherigen zwei Legislaturperioden, und es wäre geradezu undenkbar für uns, daß eine Regierungserklärung heute bereits vorliegen würde, wo das Kabinett ja erst ernannt worden ist. Im übrigen bedauern auch wir, daß sich die Fraktion der SPD bei der Vereidigung der Bundesregierung aus dem Hause entfernt hat. Man kann zu der Bundesregierung stehen wie man will, aber ich meine, ihre Vereidigung ist ein so wesentlicher Akt auch innerhalb dieses Hauses, daß man ihm nicht fernbleiben sollte.“

Mit diesen, dem Sinne nach gleichlautenden Erklärungen von CDU/CSU und FDP war die Einheit der Koalition zum ersten Mal deutlich in Erscheinung getreten.

Der Umfang des Kabinetts

Die zurückliegenden Koalitionsverhandlungen erforderten, wie immer in einem solchen Fall, die Abstimmung sachlicher

Fortsetzung Seite 2

Das neue Kabinett

Fortsetzung von Seite 1

und personeller Wünsche der Koalitions-partner. Als bekannt geworden war, daß eine von den Aufgaben her durchaus vertretbare Erweiterung des Kabinetts um drei Sitze notwendig werden würde, ist teilweise in der Öffentlichkeit in einer Weise Kritik geübt worden, als sei damit eine dem demokratischen Leben unzutragliche Entscheidung getroffen worden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat vor der CDU/CSU-Fraktion zu dieser unsachlichen Kritik mit dem Hinweis Stellung genommen, daß z. B. Großbritannien über 36 Minister verfügt (21 davon sind stimmberechtigt), Italien über 24 Minister (alle stimmberechtigt) und Frankreich unter de Gaulle über 28 Minister (ebenfalls alle stimmberechtigt). CDU/CSU-Bundestags-abgeordneter Dr. von Brentano hatte ergänzend dazu darauf hingewiesen, daß die Vereinigte Arabische Republik sogar über 48 Minister verfüge.

Gegenüber diesen Zahlen nimmt sich der Umfang des Kabinetts der Bundesrepublik bescheiden aus. Die Zahl von 21 Kabinettsmitgliedern bietet wirklich keinen Anlaß zu jener Aufregung, die von interessierter Seite in den letzten Wochen hier und da entfacht worden ist.

Neu in der Regierung

Die Tatsache, daß die FDP seit sechs Jahren in Opposition zur Bundesregierung stand, brachte es mit sich, daß die von ihr gestellten fünf Minister (Dr. Stammler, Dr. Starke, Mischnick, Lenz und Scheel) neu in das Amt des Bundesministers kommen.

In der Vertretung der Unionsparteien gab es einen nur geringen Wechsel. Bundesaußenminister Dr. von Brentano, Bundesjustizminister Schäfer, Bundesfinanzminister Eitel und Bundesschatzminister Dr. Wilhelmi kehrten in ihr Amt nicht mehr zurück. Ihnen sind nicht nur die Unionsparteien Dank für ihre hervorragende Arbeit schuldig. Diesen Dank sprach ihnen der Bundeskanzler u. a. vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter starkem Beifall aus.

In den vergangenen zwölf Jahren der drei ersten Kabinette Adenauer hat sich die Bundesrepublik ein hohes Maß von Ansehen und Vertrauen in der freien Welt erworben. Jeder Wechsel, vor allem in der Leitung des Auswärtigen Amtes,

Mindesterfordernis

Der Hauptvorstand der Exil-CDU erteilte auf einer Tagung in Berlin die gesamtdeutsche Situation. Nach Referaten von Bundesminister Lemmer und Dr. Gradl und einer eingehenden Aussprache richtete der Hauptvorstand an die Bundesregierung insbesondere die Aufforderung, bei kommenden Verhandlungen mit der Sowjetregierung auf dem Grundrecht der Freizügigkeit zu bestehen. Bis zur Gewährung des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechts, die das entscheidende Ziel deutscher Politik sein muß, ist die sofortige Sicherung freien Verkehrs zwischen allen deutschen Landesteilen und innerhalb Gesamtberlins ein Mindesteiferfordernis der Befriedung und Entspannung im deutschen Bereich.

mußte die Frage nach der Kontinuität der Politik aufwerfen. Es war deshalb sehr wichtig, daß in den Personen des Bundeskanzlers, des neuen Bundesaußenministers und des Bundesverteidigungsministers Garanten für diese Kontinuität, vornehmlich im Außenministerium nach dem Ausscheiden Dr. von Brentanos, vorhanden sind. Für die Stabilität der Wirtschaftspolitik steht Prof. Dr. Erhard, für die ungeschmälernte Wohnungsbaupolitik Minister Lücke.

Von der CDU/CSU sind neu in das Ministeramt gekommen der bisherige Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dr. Krone, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Frau Dr. Schwarzhaupt und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag Höcherl. Insbesondere in der Persönlichkeit Dr. Krones, der als Fraktionsvorsitzender so maßgebenden Anteil an den politischen Entscheidungen der letzten Jahre hatte, tritt vor dem In- und Ausland ein weiterer Bürge für die ungeschwächte Fortführung unserer Politik in Erscheinung. Man wird es in der alten deutschen Hauptstadt in dieser schwierigen Situation begrüßen, daß mit Dr. Krone noch ein Berliner Abgeordneter Sitz und Stimme im Kabinett hat. Das Opfer, das die Bundestagsfraktion der CDU/CSU mit dem Weggang ihres Vorsitzenden gebracht hat, wird sich auf die Arbeit der neuen Regierung segensreich auswirken.

Nicht nur in der CDU/CSU wird es begrüßt, daß nun auch eine Frau dem neuen Kabinett angehört. Damit ist ein berechtigter Wunsch erfüllt, der schon seit Jahren ausgesprochen worden ist. Als Bundesminister für Gesundheitswesen hat Frau Dr. Schwarzhaupt einen Ressortauftrag von großer Verantwortung und Dringlichkeit. Sie bringt dafür langjährige politische Erfahrung in der Fraktionsarbeit und im Fraktionsvorstand der CDU/CSU mit.

In der Umbenennung eines Ministeriums spiegelt sich der weite Weg wieder, der im Aufbau unseres Landes von 1949 bis heute gegangen worden ist: Aus dem Wohnungsbauministerium mit seiner ursprünglich begrenzten Zielsetzung, ist ohne Vernachlässigung der großen Bedeutung, die der Wohnungsbau auch heute noch für uns hat, ein Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung geworden. Schon der Name drückt aus, wie vielschichtig die Arbeit ist, die diesem Ministerium in Zukunft zufällt. Das „Kölner Manifest“, das während des 10. Bundesparteitages der CDU vom 24. bis 27. April 1961 in Köln verabschiedet worden war, hatte schon vor den Wahlen den Blick auf das Gewicht der neuen Ziele gelenkt, als es „umfassende Raumordnung, Erneuerung unserer Städte und Dörfer, Entlastung der Ballungsgebiete, Herabsetzung der Wohn-dichte und mehr Grünflächen in unseren Städten“ gefordert hatte.

Mit dem 14. November 1961 hat ein neuer Abschnitt in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland begonnen. Die personellen Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Es ist zu unser aller Nutzen und Heil, daß der neuen Regierung Erfolg beschieden ist. Er hängt ab von einer reibungslosen und vertrauensvollen Zusammenarbeit in der Koalition.

Die Arbeit des Bundestages

Nach der Ernennung und Vereidigung des neuen Bundeskabinetts ist die neue Bundesregierung, die vierte Regierung unter Konrad Adenauer, arbeitsfähig geworden.

Durch den Eintritt Dr. Krones in das neue Bundeskabinett sieht sich die Fraktion der CDU/CSU vor die Frage gestellt, einen neuen Vorsitzenden wählen zu müssen. Die Wahl des neuen Fraktionschefs erfolgt am 24. November. Erste Beratungen über die Person des neuen Fraktionsführers sind in diesen Tagen aufgenommen worden.

Bei den Abgeordneten der CDU/CSU wird das Ausscheiden Dr. Krones als Fraktionsvorsitzender lebhaft bedauert, wenn man auch durchaus Verständnis dafür hat, daß Dr. Krone im neuen Kabinett eine Reihe wichtiger Aufgaben übernehmen soll. Dr. Krone hatte sich in den sechs Jahren, in denen er die Fraktion führte, bei allen Abgeordneten größte Sympathie erworben. Seine Autorität in der Fraktion ermöglichte in manchen Aus-sätssetzungen immer wieder einen Kompromiß. Die Arbeit Dr. Krones für Partei und Fraktion soll nun in einem anderen aber gleich gewichtigen Rahmen fortgesetzt werden.

Als Minister für besondere Aufgaben wird Dr. Krone vor allem dafür zu sorgen haben, daß ein reibungsloser Kontakt zwischen der Bundesregierung und den Fraktionen des Bundestages, besonders auch denen der Koalition gewährleistet ist. Seine Erfahrungen, die er als Parlamentarier und Fraktionsvorsitzender gesammelt hat, werden ihm dabei besonders zugute kommen. Dabei dürfte das ihm oft nachgerühmte Talent, stets ausgleichend zu wirken, besonders wichtig sein.

Gerade in den kommenden Auseinandersetzungen zwischen Ost und West um das Schicksal der deutschen Hauptstadt Berlin ist eine Persönlichkeit wie Dr. Krone, der über 40 Jahre lang mit Berlin eng verbunden ist, in einer entscheidenden Position im Kabinett von großer Bedeutung. Die Sorgen der Berliner können nun neben Ernst Lemmer auch von Dr. Krone bei den Beratungen der Bundesregierung entsprechend zu Gehör gebracht werden. Das ist ein nicht zu unterschätzender Faktor für die kommende Entwicklung.

Die neue Tätigkeit Dr. Krones wird sich für Partei und Fraktion der CDU/CSU sicher ebenso erfolgreich auswirken wie die bisherige Tätigkeit Dr. Krones als Fraktionsvorsitzender.

Nachfolger Höcherls

Die Landesgruppe der bayerischen CSU wählte am 14. 11. 1961 den CSU-Abgeordneten Dr. Werner Dollinger zu ihrem Vorsitzenden. Dr. Dollinger tritt damit die Nachfolge des CSU-Abgeordneten Höcherl an, der dieses Amt vier Jahre hindurch innegehabt hatte. Dem Abgeordneten Höcherl, der nun Innenminister geworden ist, gingen in der Leitung der CSU-Landesgruppe die Minister Schäfer, Stücklen und Strauß voraus.

Die Wahl in Hamburg

Gewinn der SPD – Geringe Veränderung in der Bürgerschaft

Am 12. November wählten die Stimmberechtigten des Landes und der Stadt Hamburg die neue Bürgerschaft, die zugleich Landesparlament und Stadtvertretung darstellt.

Ein beachtlicher Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber der Bürgerschaftswahl 1957 und der Bundestagswahl 1961 und die weitere Festigung der absoluten Parlamentsmehrheit der Sozialdemokratie kennzeichnen das Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom 12. November in Hamburg. 72,3% der Wahlberechtigten nutzten bei der Bürgerschaftswahl des vergangenen Sonntag ihr Stimmrecht, dagegen 77,3% bei den Wahlen zum Landesparlament vor vier Jahren und sogar 88,6% bei der Bundestagswahl des 17. September.

Die Mandatsverteilung in der Hamburger Bürgerschaft

Partei	1961	1957
CDU	36	41
SPD	72	69
FDP	12	10
insgesamt	120	120

Klare Mehrheit der SPD

Die Sozialdemokraten werden auch in der künftigen Bürgerschaft über eine klare absolute Mehrheit verfügen. 72 der 120 Parlamentssitze fielen an die Hamburger SPD. Die CDU blieb dagegen rund 3% unter ihren entsprechenden Werten der Bürgerschaftswahl 1957. Sie wird künftig über 36 Mandate im Landesparlament verfügen.

Von besonderem Interesse war in Hamburg das Abschneiden der FDP, die bei der Bundestagswahl 1961 auch in diesem

Land beachtliche Stimmengewinne erzielen konnte. Den Freien Demokraten blieb ein ähnlicher Erfolg bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl verwehrt. Ihr Stimmenanteil verringerte sich von 15,7% bei der Bundestagswahl 1961 auf 9,6% bei der Wahlentscheidung des 12. November. Gegenüber der vorangegangenen Bürgerschaftswahl verbesserten allerdings die Freien Demokraten ihre Werte geringfügig (+ 1,0%).

Weit abgeschlagen auf der Strecke blieben dagegen alle übrigen Parteien. Die „Deutsche Friedensunion“ erreichte nur 2,9% der gültigen Stimmen, die „Deutsche Reichspartei“ 0,9% und die „Deutsche Gemeinschaft“ sogar nur 0,1%. Auch im künftigen Landesparlament werden also nur SPD, CDU und FDP vertreten sein.

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile bei den Bürgerschaftswahlen 1961 und 1957 und der Bundestagswahl 1961 in Hamburg

	Bü. 1961	Bü. 1957	B 1961
Wähler	72,3	77,3	88,6
CDU	29,1	32,2	31,9
SPD	57,4	53,9	46,9
FDP	9,6	8,6	15,7
GDP	—	4,1	1,0
DRP	0,9	0,4	0,9
Sonstige	3,0 ¹⁾	0,7	3,6

1) Davon DG 0,1%, DFU 2,9%

Bü. = Bürgerschaftswahl

B = Bundestagswahl

Bremer CDU kritisiert

Besorgnisse über den parlamentarischen Stil der SPD

Der Kreisverband Bremen der CDU hat auf seiner Mitgliederversammlung in der vergangenen Woche in einer Entschließung seiner ersten Besorgnis über den parlamentarischen Stil in der freien Hansestadt Ausdruck gegeben.

In der Entschließung, in der auf zwei Beispiele hingewiesen wird, heißt es:

„Der Kreisverband Bremen der CDU bedauert, daß die Bürgerschaftsmehrheit es abgelehnt hat, einen parlamentarischen Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge einzusetzen, die zum Konkurs der Borgward-Werke geführt haben. Der Öffentlichkeit wird damit ihr unbestreitbares Recht vorenthalten, über wichtige die Allgemeinheit stark berührende wirtschaftspolitische Angelegenheiten und über die Verwendung von Steuergeldern unterrichtet zu werden.“

Der Kreisverband bedauert gleichfalls die scharfen Vorwürfe, die der Präsident

der bremischen Bürgerschaft in der letzten Bürgerschaftssitzung im Zusammenhang mit der Marktplatzbebauung gegen die bremischen Tageszeitungen gerichtet hat und die den Eindruck hervorrufen müssen, als solle das demokratische Grundrecht der Pressefreiheit eingeengt werden. Ebenso verdienen die Angriffe entschiedene Zurückweisung, die der Präsident der bremischen Bürgerschaft gegen eine Vereinigung von Bürgern gerichtet hat, die lediglich in angemessener Weise und ohne Widerspruch zur Verfassung von dem verbürgten Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat.“

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

das neue Kabinett hat sich dem Bundestag vorgestellt. Sie kennen die Liste der 21 Namen und wissen, welche Mitgift an Erfahrung und erfolgreicher Bewährung in der Regierungsverantwortung die führenden Köpfe, die die Unionsparteien in diese Regierung entsandt haben, darstellen.

In den letzten Wochen hatte die Kritik mancher Kommentare eine Form angenommen, die keine Beziehung mehr zu den wirklichen Gegebenheiten hatte, sondern vom deutschen Standpunkt aus nur mit dem Wort „selbstmörderisch“ richtig gekennzeichnet ist. Selbst wenn hier eine Regierung schwacher, unbekannter und unbewährter Leute zusammengekommen wäre, hätten die Unkenrufe das an die Wand gemalte düstere Gemälde nicht ändern können, und die Vernunft hätte gebieten sollen, die Kritik an die Taten zu knüpfen und nicht zu versuchen, den Kredit der neuen Regierung im In- und Ausland von vornherein zu erschüttern.

Nun kann aber keine Rede davon sein, daß hier ein „schwaches“ Kabinett gebildet wurde. Die Namen stehen dagegen. Wer von der Opposition den Unionsparteien seit Jahren als Vertreter eines unbeirrten und klaren Kurses angerechnet worden ist — sei es Adenauer selbst, seien es Schröder und Strauß — ist in Kanzlerschaft, Außenpolitik und Verteidigungspolitik am Steuer. Gerade angesichts des Ausscheidens des Ministers von Brentano, dem in dieser Stunde die dankbare Würdigung der CDU gewiß ist, muß man auf diese die Kontinuität verbürgende Tatsache hinweisen. Mit Vizekanzler Erhard verbindet sich die Garantie für die erfolgreiche Fortsetzung einer Wirtschaftspolitik, die sich weltweite Anerkennung errungen hat, mit Lücke's Namen die große Bilanz der Wohnungsbaupolitik.

Nein, dieses Kabinett ist kein schwaches Kabinett. Es steht vor sehr schweren Aufgaben, aber es vereint erprobte Persönlichkeiten unter einer Führung, der man ganz gewiß nicht Mangel an Entschlossenheit und Zähigkeit nachsagen kann. Selbstverständlich ist der neuen Regierung in der Verwirklichung der Koalitionsarbeit eine besondere Aufgabe gestellt, die über Erfolg und Mißerfolg auch eines guten Kabinetts entscheiden kann. Der Verzicht der CDU/CSU-Fraktion auf ihren Vorsitzenden Dr. Krone und die Entsendung dieses Mannes in die Regierung zeigt, mit welcher Sorgfalt sich der Bundeskanzler gerade dieser Frage zugewandt hat.

Ihr Konrad Kraske

„Es war absolut unnötig...“

Soll man Brecht spielen? Klare Antwort aus Berlin

Nicht jedermann mag die Entscheidung des Intendanten vom Sender Freies Berlin gefallen haben, als er sich entschloß, für sein Sendegebiet Brechts „Schweyk im zweiten Weltkrieg“ aus dem Programm zu streichen. Der Süddeutsche Rundfunk, von dem dieses umstrittene Stück ausgestrahlt wurde, hatte offenbar keine Bedenken. Wenn man jedoch das Für und Wider abwägt, muß man nach unserer Ansicht mit dem Berliner Intendanten in der Meinung übereinstimmen: „Ausschlaggebend ist die Rücksichtnahme auf unsere Freunde in der Zone“.

SFB-Intendant Steigner erläuterte seinen Hörern den von ihm vertretenen Standpunkt am 7. November. Er sagte u. a.:

„Im Sender Freies Berlin haben wir uns nach reiflicher Überlegung, nach vielen Gesprächen dafür entschieden, nein zu sagen. Wir werden uns an Aufführungen von Bert Brecht nicht beteiligen, so ungern wir uns auch aus dem Gemeinschaftsprogramm des Deutschen Fernsehens herauslösen, ungern, weil wir ein Bestandteil dieser Arbeitsgemeinschaft sind, bleiben wollen und bleiben müssen.“

Ausschlaggebend ist die Rücksichtnahme auf unsere Freunde in der Zone. Sie können sich nicht über einen Mangel an Brecht beklagen, der ihnen überall angeboten wird. Wenn sie das westliche Fernsehen einstellen, und wir kennen die Schwierigkeiten und Gefahren, die damit verbunden sind, und dann kommt im Westfernsehen auch Bert Brecht, dann könnte das Gefühle der Bitterkeit hervorrufen, das Gefühl bestärken, die Programmgestalter im Westen dächten nicht genügend an Hörer und Seher im Osten.

Das Gewicht Bert Brechts wird nicht geringer, wenn wir in diesen Wochen und Monaten seine Stücke nicht aufführen, weil wir einer falschen Deutung ausweichen wollen. Wir haben die Willkürmaßnahmen, diese unerhörten Vorgänge in unserer Stadt miterlebt. Wir haben von der sicheren Seite aus ohnmächtig zusehen müssen, wie die Mauer wuchs, und wer will es uns verwehren, wenn wir jede Möglichkeit der Demonstration nutzen, die uns geblieben ist.“

Intendant Steigner hat vor allem eine politische Entscheidung getroffen, als er Brecht aus dem Programm nehmen ließ. Hatte die „Schweyk“-Inszenierung aus Stuttgart wenigstens einen künstlerischen Wert? Nach Ansicht zahlreicher Beobachter war noch nicht einmal das der Fall.

Kein zwingender Grund

„Die Welt“ z. B. schrieb am 13. 11. 1961 u. a.:

„Gleich vorweg: es war absolut unnötig, diesen Brecht zu spielen. B. B. hat keine mittelmäßigen Stücke geschrieben, das heißt: sie wurden entweder ausgezeichnet oder schlecht. Sein ‚Schweyk‘ gehört zu den letzteren.“

Brechts ‚Schweyk‘ gehört zu seinen schnell geschriebenen Versuchen, aktuelles Theater zu machen. Er schrieb es so aktuell, daß es heute nicht mehr stimmt. ... Damit aber fällt das einzige dramatische Motiv des Stückes. Was bleibt, ist reines Agitprop-Theater mit spärlichen Blitzen Brechtschen Geistes.

Es gab aber auch keinen zwingenden politischen Grund, dieses Stück aufzuführen. Lassen wir den 13. August und die Mauer einmal beiseite. Brechts ‚Schweyk‘ ist keineswegs, wie das Fernsehen die Sendung rechtfertigte, ein Stück gegen die Diktatur überhaupt (da gibt es bei Brecht andere Stücke, die sich längst selbständig gemacht haben). Es ist nichts weiter als ein Anti-Hitler-Stück.

Es kommt hinzu, daß die Inszenierung Rainer Wolffhardts ziemlich danebenging. Den Schweyk kann man nur spielen, wenn man einen Schweyk hat und einige Schauspieler, die den Dialekt beherrschen. Beides fehlte.“

Honorar für Eisler

Auf einen anderen Punkt der Darbietung des Süddeutschen Fernsehens ging die „Rheinische Post“ am 11. 11. 1961 in ihrer Kritik ein. Bei der Betrachtung der

Begleitmusik zum „Schweyk“ schrieb die Zeitung u. a.:

„Ihr Komponist ist Hanns Eisler, ein Mann, der nicht die Originalität seines Vorgängers Weill besitzt und sich bei seinem Trommeln auf zwei Klavieren fleißig aufs Zitieren und Parodieren verlegt. Seine Musik wird mit dem Stück verkauft, ist also ‚unersetzlich‘. Das führt dazu, daß das Deutsche Fernsehen hier nun einen der gehässigsten Propagandisten der Zone zu honorieren hat — einen, der, anders als der tote Brecht, nicht als Widerstandskämpfer schlechthin zu interpretieren ist, sondern einen, der jetzt in der Zone wirkt, für das Regime, gegen das man auch mit seiner Musik zu demonstrieren meinte. Das Deutsche Fernsehen nahm ihn stillschweigend neben Brecht ‚in Kauf‘, als ein vielleicht nicht notwendiges, aber unumgängliches Übel. Soll einem bei soviel Kompromißbereitschaft nicht übel werden?“

Die „Bild-Zeitung“ schrieb am 9. 11. 1961 zur Brecht-Aufführung durch das Deutsche Fernsehen u. a.:

„Wenigstens ein deutscher Fernsehintendant beweist politischen Instinkt: Walter Steigner, Intendant des Senders Freies Berlin, schaltet heute abend ab, wenn im Deutschen Fernsehen Bertolt Brechts Schauspiel ‚Schweyk im zweiten Weltkrieg‘ gezeigt wird, mit der Musik des Zonen-Starkkomponisten Eisler.“

Gestern begründete Steigner diesen Entschluß, „Erst mit dem Tage, an dem alle deutschen Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Filme, Rundfunk und Fernseh-

Fortsetzung Seite 5

Funktionen eingeschränkt

SPD-Senatorin darf nicht mehr städtische Bühnen verwalten

In Zukunft wird die Kultusensorin der Stadt Lübeck nicht mehr die Möglichkeit haben, offizielle Kontakte zu anderen Bühnen aufzunehmen. Die wiederholt eigenwillige Auslegung ihres Amtes hat sie zwar nicht ihre Position gekostet, das Kultusreferat wurde jedoch entscheidend eingeschränkt.

Wie bereits in Nr. 43/61 von „Union in Deutschland“ berichtet, erregte Kultusensorin Frau Dr. Klinsmann (SPD) zuletzt den Unmut der Senatsmitglieder dadurch, daß sie einen Beschluß des Senats zurückhielt und damit, wie es die CDU-Fraktion der Bürgerschaft formulierte, nicht nur inkorrekt gehandelt, sondern auch dem Ansehen des Senats geschadet habe. Die CDU-Fraktion hatte kurz darauf die Abwahl der Senatorin erwogen und diesen Vorschlag der Bürgerschaft zur Entscheidung gestellt. Frau Dr. Klinsmann hatte gegen sich selbst ein Dienststrafverfahren beantragt, das noch nicht entschieden ist.

Die Verzögerung eines Senatsbeschlusses, durch den die Aufführung des Brechtschen Theaterstücks „Mit Pauken und Trompeten“ vorerst verschoben werden sollte, war nicht der erste Alleingang der Senatorin. Frau Dr. Klinsmann hatte schon 1954 den Senat in eine schwierige Lage gebracht, als er durch ihre Mitschuld die „Störung der freundschaftlichen Beziehungen der Hansestadt zu Norwegen“ bedauern mußte. Inkorrekt war ihr Verhalten auch 1958, als in Lübeck der Ver-

trag des Intendanten verlängert werden sollte. Im Mai 1960 hielt sie es mit ihrem Amt durchaus für vertretbar, eine Reise nach Schwerin anzukündigen, obwohl jedem politisch denkenden Beobachter damals klar sein mußte, daß Ulbricht und seinen Helfershelfern durch solche Besuche eine Anerkennung zuteil wurde, die der SED-Propaganda dringend erwünscht war. Ähnliches politisches Unverständnis bewies sie nun erneut mit ihrer Haltung zu „Pauken und Trompeten“.

In einer der letzten Sitzungen beschloß nun der Senat mit neun gegen acht Stimmen (und damit auch gegen die CDU-Stimmen) das Brecht-Stück am 11. Januar 1962 aufführen zu lassen. Bürgermeister Wartemann (parteilos) hatte in Verhandlungen mit den Fraktionen darum ersucht, die Abwahlbestrebungen gegen Frau Dr. Klinsmann nicht weiterzutreiben, sondern mit einem Kompromiß einverstanden zu sein: Frau Dr. Klinsmann bleibt weiter tätig, ihrem Einfluß wird aber das Referat „Verwaltung der Städtischen Bühnen“ genommen und dem Bürgermeister direkt unterstellt. Die CDU-Fraktion war mit dieser Regelung einverstanden.

„Es war absolut unnötig . . .“

Fortsetzung von Seite 4

sendungen frei in der Zone allen Bürgern offen zugänglich sind, wollen wir im SFB den ganzen Brecht bringen, von A bis Z, das kommunistische Bekenntnis wie seinen Protest gegen die Unfreiheit, versprach Steigner.“

„Ich habe keine Einstellung“

Die „Kölnische Rundschau“ kommentierte am 11. 11. 1961 ebenfalls die politische Instinktlosigkeit des Deutschen Fernsehens u. a. mit den Worten:

„Das Programm geht weiter. Das war zwar nur der Unterhaltungstitel im Ka-

Brecht als Propagandawert

Der Westdeutsche Rundfunk veranstaltete am 14. November eine neue Sendung im Rahmen seiner Reihe „Umstrittene Sachen“. Das Thema lautete: „Sollen wir heute Brecht spielen?“. Professor Friedrich Torberg aus Wien, u. a. Herausgeber einer kulturpolitischen Monatszeitschrift, kam in seinem Diskussionsbeitrag zu einer Verneinung dieser Frage.

Nach einem Bericht in der „Welt“ vom 15. 11. 1961 spielte sich die Diskussion folgendermaßen ab:

„Keine drei Minuten waren vergangen, als der brillante Redner Friedrich Torberg sein Publikum im Griff hatte. Er formulierte faszinierend. Seine rhetorischen Winkelzüge bestachen. Sein Charme war sieghaft: ‚Ich komme aus einer Stadt, die — zu Recht oder Unrecht — in dem hartnäckigen Ruf steht, eine Theaterstadt zu sein. In dieser Theaterstadt Wien ist seit dem 17. Juni 1953 kein Stück von Bertolt Brecht mehr aufgeführt worden, und ich will Ihnen gleich eingangs bekennen, daß dies nicht ganz ohne mein Zutun geschehen ist.‘

Torberg fuhr fort: ‚Ich habe als Theaterkritiker, als Herausgeber einer kulturpolitischen Zeitschrift und auf jeder anderen mir zugänglichen Plattform nach besten Kräften darauf hingewirkt, daß Brecht in Wien nicht gespielt wird . . .‘ Die Fronten waren damit schon abgesteckt. Torberg war gleich zur Sache gekommen, mit einem Selbstbekenntnis, das polemisch war.

„Die These, die ich vor Ihnen, meine Damen und Herren, zu verfechten gedenke, lautet dahin, daß ich dem Anspruch Bertolt Brechts, ernst und wichtig genommen zu werden, viel besser gerecht werde, indem ich dagegen bin, daß man Brecht im Westen spielt, ja, daß ich ihn gerade dadurch wirklich und richtig respektiere.‘

„Bestimmter Anlaß“

Natürlich wäre es schöner, wenn es die Frage, ob Brecht im Westen gespielt werden solle, gar nicht erst gäbe. Es gibt sie aber, und es ist offenbar unmöglich, eine haltbare Antwort zu finden. ‚Sonst würde sie nicht auch in Deutschland immer wieder auftauchen, und immer wieder aus bestimmten politischen Anlässen. Ein solcher (Anlaß) hat sich erst vor kurzem ergeben und hat seine Aktualität noch unvermindert beibehalten: die gewaltsame Teilung Berlins durch das Ulbricht-Re-

nal 22, aber es könnte auch die Devise der deutschen Fernsehgewaltigen im Angesicht der Mauer sein. Sie haben also Brecht doch gespielt, den ‚Schweyk im zweiten Weltkrieg‘. Was politisch dazu zu sagen war, hat der Berliner SFB-Intendant Walter Steigner bereits getan. Einen besseren Kommentar findest du nit . . .

Das Programm geht weiter. Aber nachdem Brecht doch für jeden ein Stück zum Abschneiden bereithält, mag man auch den Fernsehgewaltigen ein Zitat in den Tournister packen. ‚Ich habe keine Einstellung, ich habe ein Wirtshaus‘. Das sagte die Frau Kopecka“.

gime. Zuvor, wenn ich nicht irre, war es die brutale Niederwerfung des ungarischen Aufstandes vom Oktober 1956, der die bundesdeutschen Theaterintendanten zu ähnlich spontanen Reaktionen veranlaßt hatte. Und noch weiter zuvor war es der schon erwähnte 17. Juni 1953, der uns Österreichern, bescheiden wie wir sind, bis heute genügt.‘

Nach einem ganz unerfindlichen Schlüssel also wird in Abständen an der momentanen Spielbarkeit Brechts gezweifelt. Aber nach jeder ‚mörderischen Selbstentlarvung des roten Faschismus‘ fallen Linksintellektuelle wie bundesdeutsche Theaterintendanten in den alten Mitläufertrott zurück, — ‚aus dem sie erst wieder ein nächster Zonenaufstand, ein nächstes Budapest, eine nächste Schandmauer mit schießenden Vopos für kurze Zeit aufschrecken wird.‘ Torberg machte eine winzige Pause und fügte hinzu: ‚Ich habe mich oft gefragt, wie anspruchsvoll die Herrschaften denn eigentlich sind und wie viele Leichen sie eigentlich brauchen, um endgültig dahinterzukommen, daß die kommunistische Diktatur vom Übel ist.‘

Brechts Weltgeltung ist ein Propagandawert. Er dient als künstlerisches Aushängeschild, so wie Albert Schweitzer und Thomas Mann als Alibis benutzt werden — einwirkend auf den naiven

Teil des Publikums: ‚Der Irrtum, daß es keine prominente Schwachköpfe gibt, erfreut sich sowohl unter den Prominenten wie unter den Schwachköpfen großer Beliebtheit, und am meisten freuen sich seiner die Kommunisten.‘

Mehr politischer Instinkt

Torberg wandte sich gegen die Verusche, Brecht gegen Brecht zu inszenieren oder in gewissen Äußerungen des Dramatikers prowestliche Nuancen aufzustoßern. Seine drei oder vier großen Stücke gehören diskutiert, aber leidenschaftslos, nicht hysterisch, nicht irrational, nicht unter dem Baldachin eines hektischen Brecht-Kults. Torberg polemisierte gegen die wackere Erklärung der ‚66 tapferen Intendanten‘, denen er mehr politischen Instinkt wünscht.

Ein Kompromiß: Man lese ihn. Man diskutiere ihn durch. Nicht aber feiere man ‚ein ödes Machwerk‘ wie die ‚Simone Machard‘, einen ‚mißglückten Kabarettischerz wie den ‚Arturo Ui‘, eine dubiose Nazi-Verniedlichung wie das ‚Schwejk-Plagiat als Glanzstücke des deutschen Theaters‘.

Auch die „Bild-Zeitung“ beurteilte das Streitgespräch des Westdeutschen Rundfunks in gleicher Weise. In der Ausgabe vom 15. 11. 1961 heißt es u. a.:

„Das Streitgespräch endete mit einem klaren Sieg des Brecht-Gegners Torberg. Seine Beweisführung:

Der Kommunismus ist der Todfeind der Demokratie.

Also können wir Brecht nicht spielen, so leid es uns tut.

Jede Brecht-Aufführung ist — gewollt oder nicht — eine politische Demonstration.

Im Saal saßen viele prominente Brecht-Freunde. Sie hatten Torberg kaum etwas zu entgegenen.

Im Saal saßen aber auch viele Intendanten, Dramaturgen, Regisseure. Vergeblich forderte sie der Diskussionsleiter des WDR, Roland H. Wiegenstein, auf, den Mund aufzumachen. Keiner von ihnen hatte den Mut, die Resolution der 66 Intendanten, die sich für Brecht stark gemacht hatten, öffentlich zu vertreten.“

Verleumdungen gesühnt

Dr. Merten in Griechenland verurteilt

Das Amtsgericht in Athen hat in der vergangenen Woche den Berliner Rechtsanwalt Dr. Merten und zwei Hamburger Redakteure wegen Verleumdung eines griechischen Ministers zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Angeklagten waren zu dem Prozeß nicht erschienen.

Dr. Merten war in Griechenland wegen Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch sehr bald aus der Haft entlassen worden. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war er zeitweise Funktionär der linksstehenden Gesamtdeutschen Volkspartei, deren Vorsitzender der jetzige SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Heinemann war. In einem Artikel in der SPD-Zeitung „Hamburger Echo“, für den Klaus Menzel, der Sohn eines SPD-Bundestagsabgeordneten verantwortlich zeichnete, wurde behauptet, daß griechische Politiker während der deutschen Besetzung sich an jüdischen Vermögen bereichert hätten. Gleichzeitig

wurde dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Globke, vorgeworfen, er hätte einen Plan, 20 000 griechische Juden während des Krieges nach dem heutigen Israel abzuschieben, sabotiert. Diese Veröffentlichungen gingen auf Beschuldigungen Dr. Mertens zurück.

Soweit sie Dr. Globke betrafen, sind sie inzwischen durch den Eichmann-Prozeß und durch ein Ermittlungsverfahren deutscher Gerichte völlig widerlegt worden (siehe UfD Nr. 23/61). Die gegen griechische Politiker ausgesprochenen Verdächtigungen wurden nunmehr durch das Urteil eines griechischen Amtsgerichts gesühnt.

Vereidigung und Ausmarsch

Stimmen zum neuen Kabinett – Der SPD-„Beitrag“

In zahlreichen Kommentaren wird der neuen Bundesregierung bescheinigt, sie verdiene Vertrauen. Dagegen wird einhellig die Taktik der SPD verurteilt, aus dem Anlaß der Meinungsverschiedenheit über die Geschäftsordnung die Rechtfertigung zum Auszug aus dem Plenarsaal herzuleiten.

„Mit neunzehn Ressorts ist das neue Kabinett Adenauer nun komplett. Nach wie vor bilden die Minister Erhard, Strauß, Schröder, Blank, Lücke die für die politische Zielsetzung ausschlaggebende Mannschaft. Der Weggang Brentanos und der Hinzutritt Höcherls als neuer Innenminister können wohl in Nuancen, aber keineswegs im Grundsätzlichen die bisherigen Akzente verändern. Nach wie vor ist in den wichtigsten Ressorts die CDU maßgebend. Wenn die FDP so nachdrücklich Brentano beseitigt wissen wollte, so wird sie höchstwahrscheinlich nach kurzer Zeit schon herausfinden, daß Gerhard Schröder, der neue Mann im Außenamt, keineswegs biegsamer, eher noch kälter und härter als der alte ist.

Die stärkste Konstante bleibt der Bundeskanzler, den das Grundgesetz als Dreh- und Angelpunkt der Regierung eingerichtet hat. Er ist nicht nur der Vorsteher, sondern auch der Inspirator. Das Vertrauen, das er findet, und das Vertrauen, das er sich schaffen kann, werden letztlich ausschlaggebend für den Erfolg und das Ansehen der Regierungsarbeit sein.“

„Ruhr-Nachrichten“, 15. 11. 1961

„Die vierte Regierung Adenauer ist von der deutschen öffentlichen Meinung nicht gerade mit Vorschußlorbeer verwöhnt worden. Mit dem Übereifer solcher Feststellungen geraten die Kritiker jedoch in die Gefahr, sich von der Wirklichkeit immer mehr zu entfernen. Da der Grad der Festigkeit der Koalition auch den Grad der Handlungsfähigkeit der Regierung bestimmt, besteht unter solchen Umständen gar kein Anlaß, der neuen Regierung im voraus eine besondere Schwäche anzudichten. Eher Stärke als Schwäche läßt sie auch auf Grund der Kontinuität erwarten, die der Kanzler zum Leitsatz bei der Auswahl der Personen für sein Kabinett gemacht hat. Dreizehn seiner Mitglieder gehörten schon der letzten Regierung Adenauer an. Die meisten wurden nicht etwa deshalb wieder in die Regierung berufen, weil sie sich zu Fachministern entwickelt hätten. Dies mag vielleicht für den Verkehrsminister Seeborn gelten. Minister aus rein fachlichen Gründen von Regierung zu Regierung weiterzuschleppen wäre zweifellos nicht unbedenklich, weil dies ihre Ressorts schließlich entpolitisieren müßte. Die wichtigsten Ministerien sind aber nicht aus fachlichen, sondern aus politischen Erwägungen mit führenden Persönlichkeiten besetzt geblieben oder neu besetzt worden. So insbesondere das Auswärtige Amt, wo nach dem Abgang Brentanos ein Mann gebraucht wurde,

dem eine entschlossene Fortführung der Politik des Westbündnisses und des harten Widerstandes gegen die Angriffe des Ostens zuzutrauen ist. Gerade dem Leiter dieses schwierigen und umfangreichen Ressorts muß eine Zeit der Einarbeitung zugebilligt werden. Gleiches trifft zu für die fünf FDP-Minister, die zum ersten Male in eine Bundesregierung berufen wurden.

Es kommt jetzt darauf an, daß die gemeinsamen Ziele in enger Zusammenarbeit der Partner und mit Fairneß verfolgt werden.“

„Deutsche Zeitung“ 15. 11. 1961

„Es gibt so schöne Ausreden, wenn es darum geht, einer Frau den Weg in die Politik oder eine leitende Position zu verbauen oder zu vergraulen. Nun, die CDU/CSU-Fraktion ist diesmal hart geblieben (es war auch an der Zeit), und Frau Dr. Schwarzhaupt kann mit ihrer Arbeit beginnen. Die Sorge um die Volksgesundheit ist eine große Aufgabe, und man kann nur wünschen, daß sie sich gerade auf diesem Gebiet, das schwieriger ist, als der Außenstehende denken mag, auch durchsetzt. Es entspräche wohl nicht ihrem Sinne, wollte man an die Kavaliereigenschaften ihrer Ministerkollegen appellieren, sie nicht im Stiche zu lassen, aber die Frauen im Parlament und vor allem in der eigenen Partei wären gut beraten, wenn sie ihr den Rücken stärken, wo es nur möglich ist.“

„Rhein-Zeitung“, 15. 11. 1961

„Während die Regierungsmitglieder, die nicht nur ihrer Partei, sondern dem Ganzen verantwortlich sind, ihre Hand zum Schwur erhoben, verließen die Sozialdemokraten aus Protest den Saal. Der Ausmarsch traf die Regierung, obwohl diese Demonstration an sich aus Verärgerung über den Bundestagspräsidenten geboren wurde und sich gegen ihn richtete. Mit einem Paukenschlag wurde die Kampfstellung der Opposition bezogen.

Und das, weil die Sozialdemokraten nicht vor der Vereidigung, sondern erst nachher Gelegenheit haben sollten, die Vertagung der Regierungserklärung zu beklagen. Sie hätten diese Erklärung gern vor der Amerikareise des Kanzlers entgegengenommen, weil sie glaubten, auf diese Weise die Gemeinsamkeit in der deutschen Frage vor dem Besuch bei Kennedy hervorheben und damit die deutsche Verhandlungsposition stärken zu können.

Was ist nun aus diesem Bemühen um Gemeinsamkeit geworden? Ein peinlicher Vorgang, ein Protest zur falschen Zeit in verfehlter Form.“

„Die Welt“, 15. 11. 1961

„Es ist schwer zu begreifen, daß wegen eines so wichtigen Anlasses die Oppositionspartei den Raum verließ, während der Parlamentspräsident Regierungschef und Regierung feierlich vereidigte. Es handelt sich um die Regierung des ganzen deutschen Volkes und nicht nur um die der CDU/CSU- und FDP-Wähler. Viele Beobachter des innerpolitischen deutschen Geschehens werden für die spontane Haltung der SPD kaum Ver-

ständnis aufbringen, um so weniger, als die SPD nach der Vereidigung Gelegenheit hatte, ihre Bedenken und Forderungen vorzubringen.

Der Wahlkampf war von der Opposition im Zeichen eines politischen Ausgleichs geführt worden. Noch bei der Wahl des von der SPD bekämpften Konrad Adenauer zum neuen Regierungschef folgten die Spitzenvertreter der SPD vor wenigen Tagen dem Gesetz der weichen politischen Welle und gehörten zu den ersten Gratulanten im Bundestag. Wenn aber der gestrige Boykott der feierlichen Vereidigung als Auftakt für die vierjährige Parlamentsfähigkeit angesehen werden müßte, so wäre das kaum als gutes Vorzeichen für den Erfolg einer vernünftigen Zusammenarbeit zwischen Koalition und Opposition zu werten.“

„Bonner Generalzeiger“, 15. 11. 1961

„Drohung und Ausmarsch erinnern an schlechteste Weimarer Zeiten. Solche Taktik verhöhnt jeden Takt. Aber nicht nur das. Rüde Methoden dieser Art unterminieren das noch nicht sehr feste Gebäude unserer Demokratie, an deren Aufbau auch die SPD gut mitgearbeitet hat. Wer der feierlichsten Handlung der Legislaturperiode den Rücken kehrt, beweist, wie allerwertest ihm das Parlament ist.

Das ist eigentlich unbegreiflich nach dem Kurswechsel in der SPD, die sich doch in den letzten Wochen in Bonn sehr würdig verhalten hat, fast bürgerlich, jedenfalls godesbergisch. Soll das alles nur Schein gewesen sein? Den wechselt ihr niemand mehr.“

„Rheinische Post“, 15. 11. 1961

„In der Form muß das Verhalten der SPD kleinlich erscheinen, weil sie ihr Mißfallen an der Verschiebung der Regierungserklärung Adenauers ebensogut nach wie vor der Vereidigung der neuen Minister hätte bekunden können. Und in der Sache ist es doch immerhin fraglich, ob nicht Adenauers Regierungsprogramm nach seiner Rückkehr von den Besprechungen mit Präsident Kennedy inhaltsreicher sein wird, weswegen eine Vertagung also durchaus sinnvoll wäre.“

„Süddeutsche Zeitung“, 15. 11. 1961

„Mit ihrem Auszug aus dem Bundestag bei der Eidesleistung der neuen Minister hat die SPD gestern jedoch gezeigt, daß ihr ein Mindestmaß an politischem Stil noch fehlt. Die feierliche Zeremonie eines Minister-Eids wurde zu einer politischen Demonstration mißbraucht, einer zudem völlig überflüssigen Kundgebung. Der Bundestagspräsident, der sich schon immer um ein gutes Verständnis zur Opposition bemühte, hat den Unwillen der SPD erregt, weil er einem ihrer Abgeordneten nicht vor der Eidesleistung, sondern erst hinterher das Wort erteilen wollte. Selbst wenn Herr Gerstenmaier nicht im Recht gewesen wäre, so wäre das noch lange kein Grund gewesen, eine Szene vor der Öffentlichkeit zu machen.

Die SPD hat damit gezeigt, wie viel Verantwortungsbewußtsein trotz mancher guter Ansätze ihr immer noch fehlt. Das ist gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Allparteien-Regierung für den Fall eines Notstands nur zu bedauern.“

„Kölnische Rundschau“, 15. 11. 1961

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Gleichstellung fast erreicht

Die Forderung der Sowjetzonenflüchtlinge den Vertriebenen gleichgestellt zu werden, hat bei der Bundesregierung Verständnis gefunden. Zu dieser Feststellung kam der Sozialausschuß und der Wirtschaftsausschuß des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge bei einer Prüfung der Flüchtlingsgesetzgebung in der Bundesrepublik. Es wurde in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des 14. Lastenausgleichsnovelle hingewiesen, die einen weiteren Schritt zur Gleichstellung der nach den Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz anerkannten Sowjetzonenflüchtlinge mit den übrigen geschädigten Gruppen bedeutete. Insbesondere sei dem Wunsch des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge nach Beseitigung der Unterschiede bei den sozialen Hilfsmaßnahmen fast vollständig entsprochen worden. Kritisiert wurde die nach Ansicht des Gesamtverbandes nicht genügende Betreuung der nichtanerkannten Sowjetzonenflüchtlinge. Der vierte Bundestag wurde ersucht, bei dem Gesetz zur Feststellung von Schäden, in der Zone auch die Flüchtlinge zu berücksichtigen.

Ohne C-Ausweis

In Baden-Württemberg stehen im Haushaltsjahr 1961 erstmals aus Landesmitteln Kredite für Flüchtlinge ohne C-Ausweis zur Verfügung, die vor ihrer Flucht in der Sowjetzone in der gewerblichen Wirtschaft oder im freien Beruf tätig waren und durch die Flucht ihre selbständige Existenz verloren haben. Zum Aufbau einer neuen Existenz werden Kredite in Höhe bis zu 30 000 DM, in Ausnahmefällen bis zu 35 000 DM gewährt. Die Anträge sind bei den Regierungspräsidien einzureichen.

In Bayern hat man davon abgesehen, ein eigenes Kreditprogramm für Flüchtlinge ohne C-Ausweis anlaufen zu lassen. Kredite können aber aus den sonstigen Landesprogrammen für Aufbaufinanzierungen gewährt werden. Anträge sind bei der Hausbank des Antragstellers einzureichen.

In Hessen können Flüchtlinge ohne C-Ausweis Finanzierungshilfen des Landes zur wirtschaftlichen Eingliederung erhalten, wie in einem besonderen Erlaß bestimmt ist. Anträge sind bei dem zuständigen Magistrat oder Kreisausschuß einzureichen.

13,7 Millionen flohen

13,7 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge haben bis 1960 Zuflucht in der Bundesrepublik gefunden, wie das Bundesvertriebenenministerium mitteilt. Aus den Gebieten jenseits des Eisernen Vorhangs kamen 9,9 Millionen vertriebener Deutscher, 3,7 Millionen flüchteten aus der Sowjetzone und Ost-Berlin in das Bundesgebiet.

Rückkehr ohne Gewalt

Sinn und Aufgaben der Landsmannschaften

In einem Rundfunkgespräch verteidigte Staatssekretär Nahm vom Bundesvertriebenenministerium die ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften gegen die ständigen Vorwürfe, sie seien ein Hort der Revanchisten.

In dem Rundfunkgespräch „Über Sinn und Aufgaben der Landsmannschaften“ führte der Staatssekretär aus:

„Selbst wohlwollende Ausländer haben Sorge wegen der Vertriebenenverbände geäußert. Sie meinten, diese widersprächen nicht nur der Eingliederung, sondern sie erschwerten auch die Verständigung mit den östlichen Nachbarn. Dieser Sorge wird auch im Bereich der Bundesrepublik Ausdruck gegeben. Allerdings sind diese Befürchtungen völlig grundlos. Denn schon längst haben die Vertriebenenverbände in einer Charta ein Bekenntnis zur friedlichen Regelung der Grenzstreitigkeiten mit den östlichen Nachbarn abgelegt. Kaum ein Dokument ist in seiner Bedeutung so wenig erkannt worden, wie diese Charta der Vertriebenen. Sie verzichtet nicht auf die Heimat, wohl aber auf Haß, Rache und Krieg. Dieser Verzicht umfaßt auch wirtschaftliche Erpressung und die Diffamierung der Vertreter. Es blieb also kein Hintertürchen offen.

Es wäre aber fürwahr traurig, wenn der Verzicht auf Gewalt automatisch auch den Verzicht auf Recht bedeutete, denn damit begräbe die Welt jedes Bestreben nach einer Zukunft, die ihre Normen nicht aus barbarischem Denken bezöge. Auch in unserem Privatleben ist das Faustrecht ausgemerzt, ohne daß damit dem Recht Abbruch geschehen werde . . .

Zur Frage, ob nicht zwischen der Eingliederung der Vertriebenen und deren Wunsch nach Rückkehr ein Widerspruch besteht, möchte ich sagen, daß Integration nicht Assimilierung bedeutet. Und zwar wird niemand an der Assimilierung, also an dem völligen Aufgehen in der neuen Umgebung und an der Preisgabe seines heimatlichen Sprach- und Kulturerbes gehindert. Die Entscheidung darüber ist dem einzelnen überlassen. Es wird auch niemand zur Assimilierung ermuntert oder gar veranlaßt. Wer die idellen Werte und die ethischen Pflichten des Heimatbewußtseins erkennt und ihnen verbunden bleiben will, sollte allgemeiner Sympathie sicher sein, denn er tut weder Unerlaubtes, noch etwas, was der Allgemeinheit schädlich sein könnte. Das Vertriebenengesetz bejaht die Heimattorientierung ausdrücklich und verpflichtet die Behörden, sie in ihren Schutz zu nehmen. Das Recht auf Selbstbestimmung, zu dem das Recht auf die Heimat gehört, kann weder durch eine augenblickliche politische Machtlage gelöscht, noch durch eine vollzogene Eingliederung geschmälert werden. Ein Gewaltakt wird nicht dadurch Rechtens, daß der Betroffene überlebt und wieder zu Arbeit, Wohn- und Vermögen kommt.

Die Bundesregierung steht mit dieser Auffassung nicht allein da. Auf der am 22. Oktober zu Ende gegangenen Jahreshauptversammlung der europäischen Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen haben Wissenschaftler europäischer Länder einmütig ein Recht auf die Heimat betreffend Entschließung zugestimmt und erklärt, daß die gesellschaftliche und

wirtschaftliche Eingliederung vertriebener oder geflüchteter Personen keinen Einfluß auf das Bestehen ihrer Ansprüche auf Heimkehr und Wiedergutmachung mit sich bringt.

Selbstverständlich bekennt sich die Bundesregierung zu den Landsmannschaften, weil sie an dem föderativen Prinzip des Staatsaufbaus festhält. Der landsmannschaftliche Grundsatz kann nicht beschränkt werden auf jene Teile der Bevölkerung, die vor den Schrecken und Nötigungen der Nachkriegszeit bewahrt geblieben sind.

Da hören wir vom Osten, die Vertriebenenverbände züchteten Revanchisten. Die Vertreibung der Deutschen aus ihren Heimatgebieten war ein typischer Akt der Revanche, der Revanche für die Verbrechen der Nationalsozialisten. Wir alle wünschen, daß diese 1945 vollzogene Revanche an Nichtschuldigen der letzte barbarische Akt der Menschheitsgeschichte gewesen sein möge. Die Charta schließt die Revanche aus, aber nicht die Revision. Die Revision gehört zum Rechtsleben. Revision ist die Absage an Revanche und Gewalt. Wer erwartet, daß eine im Siegestaumel vollzogene Tat einer rechtlichen Nachprüfung unterzogen werde, kann sich auf den Vater der Tschechoslowakei, Thomas Masaryk, berufen, der gesagt hat, Realitäten sind aus sich allein nicht Rechtens. Was aber nicht Rechtens ist, weil es nicht rechtmäßig zustande kam, ist revisionsfähig.“

7,5 Millionen Ausweise

Nach einer Statistik des Bundesvertriebenenministeriums hatten bis zum 30. Juni 1961 insgesamt 8 428 681 Vertriebene und Flüchtlinge die Ausstellung von Ausweisen nach dem Bundesvertriebenengesetz beantragt. Für 7 509 395, also 89,1 v. H. ist bereits ein Ausweis A, B oder C ausgegeben worden. 7 052 325 erhielten den Ausweis A oder B und 457 000 den Ausweis C.

Wohnungen für Flüchtlinge

Der Wohnungsbau für Sowjetzonenflüchtlinge und Aussiedler wird von der Bundesregierung weiterhin stark gefördert. Bundeswohnungsbauminister Lücke hat den Ländern im Anschluß an die bisher bewilligten 700 Millionen DM weitere 131,3 Millionen DM für den Wohnungsbau für Flüchtlinge und Aussiedler zur Verfügung gestellt.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postcheck-Konto Köln 1937 95, Commerzbank-Bankverein, Bonn Nr. 12 493. — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Das „Ohne-mich“ von Rehbach

MdB Droscher (SPD) macht erneut von sich reden

„Wenn Ministerpräsident Altmeier hier wohnte oder der Bundesverteidigungsminister, dann würde das Problem bestimmt schnellstens gelöst“. Mit diesem Argument versuchte der SPD-Bundestagsabgeordnete Droscher anlässlich der Übernahme des NATO-Flugplatzes Pferdsfeld unter der Bevölkerung der Nachbargemeinde Rehbach Stimmung gegen die notwendige Verteidigungsmaßnahme zu machen.

Bundestagsabgeordneter Droscher, dessen umstrittene Reise in das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone vom März 1961 auch in seiner eigenen Partei keineswegs vergessen ist, sprach offenbar in bekannter Objektivität, als er die oben erwähnte Erklärung abgab. Denn was SPD-Abgeordneter Droscher von der Verteidigung hält, das hatte er schon 1958 während des Parteitages der Sozialdemokraten in Stuttgart zu erkennen gegeben. Das offizielle Protokoll vermerkte folgenden Ausspruch Droschers: „Sicher ist es klar, daß die Aufrüstungspolitik à la Adenauer die Wiedervereinigung praktisch unmöglich gemacht hat.“

Droscher war es auch, der seiner Partei einen Bärendienst erwies, als er im März 1961 nach Fürstentwalde an der Oder fuhr und dort in ein Gespräch mit Funktionären der SED verwickelt wurde. SPD-Politiker nannten diese Reise töricht; Droscher selbst habe sich in ein schiefes Licht gerückt. Erschwerend kommt hinzu, daß Droscher Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag war.

Seine Reise hatte u. a. die „Fränkische Landeszeitung“ mit den Worten kommentiert: „Man kann die Betrachtung über das ruhmlose Abenteuer des Herrn Dröschner nicht beenden, ohne des SPD-Abgeordneten Mommer zu gedenken, der seinerzeit das Wort von den Trojanischen Eseln erfand . . .“

Neben dem SPD-Abgeordneten Droscher trat auch der parteilose Kreistagsabgeordnete Rudolf Nicolay als Sprecher der Bevölkerung auf. Er hatte seinerzeit die Rehbacher zum Hungerstreik aufgerufen, um auf das Bundesverteidigungsministerium einen Druck auszuüben und die Benutzung des Flugplatzes zu verhindern. Die Form des Protestes war vom Verteidigungsministerium Anfang Oktober scharf kritisiert worden. In seiner Erklärung wurde gesagt, während Chruschtschow die Freiheit Berlins ersticken wolle und in der sowjetischen Besatzungszone eine schleichende Mobilmachung zu beobachten sei, rufe „ein gewisser Rudolf Nicolay“ in Rehbach als Sprecher der Bevölkerung zu einem „Hungerstreik gegen

die Landesverteidigung“ auf, weil ein bisher brachliegender Flugplatz wieder benutzt werden soll. Diese Agitation gegen die Landesverteidigung in einer Krisenzeit zeige die „schizophrene politische Haltung“ bestimmter Personen und Minderheiten, die angeblich im Namen der Öffentlichkeit sprächen, „in Wirklichkeit jedoch nur die politischen Geschäfte des Ostens besorgen“.

Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, daß sich Kreistagsabgeordneter Nicolay nach vorliegenden Informationen u. a. mit dem Großimport von Eigelb aus Rotchina sowie dem Import kaukasischer Teppiche beschäftigt und wiederholt in Moskau gewesen ist.

„Die Welt“ nahm am 11. 11. 1961 ebenfalls zu diesen Fragen Stellung und schrieb u. a.:

„Wenn am heutigen Sonnabendvormittag der NATO-Flugplatz Pferdsfeld vom Verteidigungsminister Strauß seiner Bestimmung übergeben wird, werden dem Kreis der geladenen Gäste drei Männer ostentativ fernbleiben. Der Bürgermeister der Gemeinde Rehbach, Bohr, der Kreistagsabgeordnete Nicolay, und der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Droscher aus dem nahen Kreuznach haben es abgelehnt, zu der kurzen Eröffnungsfeierlichkeit zu kommen. Sie meinen, dies sei ein ‚Tag der Trauer‘.“

Niemand wird den Dorfbewohnern, niemand auch wird den Abgeordneten wehren wollen, mit allem Nachdruck die Auffassung der Gemeinde zu vertreten. Und doch wird man das Gefühl nicht los, daß sich in den Protesten der Gemeinde etwas von jener weit verbreiteten Ansicht widerspiegelt, daß Opfer und Rücksichtnahme nur solange bejaht werden, wie man sie anderen abverlangt.

Die NATO-Maschinen, die nun über Rehbach donnern werden, haben auch das Leben dieser Dorfgemeinde zu schützen. Daß es notwendig ist, mag bedauerlich sein. Aber daß ein ‚Tag der Trauer‘ veranstaltet wird, läßt ahnen, wie sehr das ‚Ohne-mich‘ noch immer wirksam ist, sobald der einzelne zu persönlichen Opfern aufgerufen wird.“

Viel Geld für wenige

Unverhältnismäßig hohe Zuschüsse für Berliner Freidenker

Bei den Beratungen des Berliner Haushaltsplanes im Abgeordnetenhaus und in den Ausschüssen kam es wieder an den Tag, wem die besonderen Sympathien der SPD gehören. In jedem Jahr versucht nämlich die SPD den wenigen Freidenkern unverhältnismäßig hohe Zuschüsse zu geben, während man sich den Kirchen gegenüber recht sparsam zeigt.

Wie bisher, so mußten auch im Etat 1962 die Zuschüsse für den Religions- und Freidenkerunterricht der Kinder an Berliner Schulen eingesetzt werden. Für den Religionsunterricht der 152 000 evangelischen Kinder wurden 4,4 Millionen DM und für die 19 000 katholischen Kinder 675 000 DM bewilligt. Dies entspricht einem Satz von 28 DM für jedes evangelische und von 35 DM für jedes katholische Kind. Demgegenüber wollen die Sozialdemokraten für den Freidenkerunterricht der 300 religionslosen Kinder 50 000 DM einsetzen, womit auf jedes dieser Kinder ein Betrag von 166 DM entfällt. Ursprünglich hatte die SPD-Fraktion sogar beabsichtigt, für diese Zwecke 90 000 DM einzusetzen. Nur der Umstand, daß die Freidenkerjugend, wie die Erfahrung zeigte, nicht in der Lage war, für die außergewöhnlich hohen Beihilfen eine ordnungsmäßige Verwendung nachzuweisen, erklärte sich die SPD bereit, sich mit 50 000 DM zufrieden zu geben (siehe Uid Nr. 25 und 28/61).

Aber damit ist nach Meinung der SPD in Berlin für die Freidenker noch nicht

genug getan. Die Sozialdemokraten wollen außerdem noch unter dem unverfänglichen Haushaltstitel „Volksbildung“ weitere 55 000 DM den Freidenkern zur Verfügung stellen. Hiervon sind 5000 DM für die Vorbereitung des Freidenkerunterrichts an Schulen vorgesehen, so daß nach allem zwischen den Zuschüssen für den Religions- und den Freidenkerunterricht die Differenz noch erheblich vergrößert wird. Man kann das Verhalten der SPD nur dadurch erklären, daß die alte marxistische Grundauffassung hier wieder zum Ausdruck kommt.

Die CDU in Berlin hat sich aus Achtung vor jeder Überzeugung nicht grundsätzlich gegen die Unterstützung der Freidenker ausgesprochen. Sie will aber den Freidenkern nicht größere Zuschüsse gewähren, als sie überhaupt verbrauchen können. Deshalb haben die Vertreter der CDU beantragt, im Berliner Haushalt für den Freidenkerunterricht an Schulen nur 3000 DM einzusetzen, einen Betrag, für die die Freidenker im letzten Jahr eine ordnungsgemäße Verwendung nachweisen konnten.

Zur CDU übergetreten

Wie der Kreisverband der CDU in Celle mitteilte, sind sechs DP-Ratsherren von Hermannsburg, Landkreis Celle, darunter der Bürgermeister, geschlossen zur CDU übergetreten. Die Gemeinderatsfraktion der Deutschen Partei, die seit 1946 in Hermannsburg über die absolute Mehrheit verfügte, hat sich in der vergangenen Woche aufgelöst. Jetzt hat die CDU mit ihren bisherigen zwei Ratsherren und den sechs Übergetretenen die absolute Mehrheit. Die letzten beiden DP-Ratsherren haben sich noch nicht entschieden, welcher Partei sie beitreten wollen.

Atome für den Frieden

Die Bundesrepublik hat als einer der ersten Mitgliedstaaten der Internationalen Atomenergiebehörde ihren freiwilligen Beitrag für 1962 um 60 000 DM auf insgesamt 260 000 DM erhöht. Außerdem will die Bundesregierung weitere 80 000 DM für Stipendien zur Verfügung stellen. Die Vereinigten Staaten tragen mit rund 3 Millionen DM die finanzielle Hauptlast der Atomenergiebehörde.